



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Bern, den 8. November 1990

Nationalrat

An den Bundesrat

Schriftliche Beantwortung

- 90.756 Motion der Sozialdemokratischen Fraktion vom 1. Oktober 1990
UNO-Beitritt
- 90.719 Motion Bär vom 24. September 1990
UNO-Beitritt

Die Antwort auf die Motionen wird gutgeheissen (siehe Beilage).

Erwägungen

Diese Motionen gehören zu einer Serie von insgesamt fünf in der Herbstsession eingereichten Vorstösse zum Thema Schweiz-Vereinte Nationen. Da sie aus formellen Gründen getrennt beantwortet werden müssen, unterscheiden sich die Texte der einzelnen Antworten; die Argumentation ist jedoch überall dieselbe und lässt sich wie folgt zusammenfassen:


- Die Faktoren, welche das Verhältnis der Schweiz zur UNO prägen, haben sich seit der Abstimmung von 1986 stark verändert:
 1. Das System der Vereinten Nationen hat in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation die Möglichkeit, sachbezogener und effizienter als früher zu arbeiten, da es nicht mehr durch die Spannungen zwischen Ost und West behindert wird.

2. In der Schweiz findet eine intensive Diskussion über die Stellung unseres Landes in der Welt statt. Die Erkenntnis, dass wir unsere Position überdenken müssen, beginnt sich in der Öffentlichkeit durchzusetzen.
3. Die Schweiz arbeitet enger den je mit der UNO zusammen.
- Der Bundesrat ist nach wie vor davon überzeugt, dass ein Beitritt der Schweiz zur UNO im Interesse unseres Landes liegt. Nicht zuletzt auch angesichts des damaligen klaren Entscheides von Volks und Ständen ist er jedoch der Ansicht, dass der Zeitpunkt noch nicht gegeben ist, um aktiv auf einen solchen Schritt hinzuarbeiten, da zuerst unsere Stellung in Europa und die Frage der Mitgliedschaft in den Bretton-Woods-Institutionen geregelt werden müssen.
 - Der Bundesrat verfolgt die internationalen Entwicklungen und der sich daraus für unser Land ergebenden Auswirkungen mit grosser Aufmerksamkeit, um gegebenenfalls unser Verhältnis zur UNO veränderten weltpolitischen Umständen anpassen zu können.

Wir beantragen Ihnen, die beiden Motionen in Postulate umzuwandeln.

Die mitinteressierten Dienststellen des EJPD (Bundesamt für Justiz), des EFD (Generalsekretariat) und des EVD (BAWI) sind mit der Antwort einverstanden.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN


René Felber

Beilagen:

Antwort d und f

Protokollauszug an:

- EDA 10 Ex.
- EJPF 5 Ex. z.K.
- EFD 5 Ex. z.K.
- EVD 5 Ex. z.K.

NationalratSchriftliche Beantwortung

90.756 Motion der Sozialdemokratischen Fraktion vom 1. Oktober 1990
 UNO-Beitritt

Der Bundesrat wird eingeladen, den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO) erneut in die Wege zu leiten und den eidgenössischen Räten eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Begründung

Die guten Gründe, welche den Bundesrat und die eidgenössischen Räte anfangs bzw. Mitte der achtziger Jahre bewogen haben, den Beitritt zur UNO zu empfehlen, gelten nach wie vor (vgl. z.B. die Botschaft des Bundesrates vom 21.12.1981). Dazu kommen seit der Ablehnung in der Volksabstimmung vom 16.3.1986 weitere Argumente:

- Beim Gewicht des europäischen Integrationsprozesses und nach Beendigung des Kalten Krieges ist es umso nötiger geworden, die universelle Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik nicht zu vergessen. Der UNO gehören nicht nur die reichen Länder des Nordens an. Eine universell ausgerichtete Schweizer Aussenpolitik ist mittel- und längerfristig ohne UNO-Beitritt nicht denkbar.
- Die Rolle der UNO bei Friedensprozessen erweist sich weltweit (bei allen Schwierigkeiten) als zunehmend unentbehrlicher. Die Schweiz hat dies beispielsweise im Fall Namibia durch ihre Unterstützung des UNO-Engagements ausdrücklich anerkannt.
- Das Hauptargument der Gegner des UNO-Beitritts 1986, die Beteiligung an UNO-Sanktionen würde der Neutralität widersprechen, ist seit den Irak-Beschlüssen in sich zusammengefallen.
- Das Bild der UNO hat sich seit dem Abstimmungskampf anfangs 1986 nicht nur weltweit, sondern auch in den Augen der Schweizer Bevölkerung gewandelt. Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass ein UNO-Beitritt heute eine Mehrheit fände.

Alle diese Argumente sprechen dafür, den Beitritt zur Organisation der Vereinten Nationen erneut in die Wege zu leiten.

Stellungnahme des Bundesrates

Die Funktionsweise der Vereinten Nationen hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Seit der ersten Hälfte der achtziger Jahre ist eine Tendenz zu sachbezogeneren Debatten festzustellen, zudem hat auch die Entspannung zwischen Ost und West zu einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsatmosphäre in den verschiedenen Institutionen des UNO-Systems geführt. Somit ist die UNO der Erfüllung ihrer in der Charta verankerten Aufgaben bedeutend näher gekommen: Die einmütige Haltung des Sicherheitsrates gegen die Aggression Iraks ist hier wohl der deutlichste Beweis.

In den letzten Jahren hat sich auch das Umfeld der Schweiz verändert. Die Fortschritte im europäischen Integrationsprozess und die Oeffnung Osteuropas haben dazu geführt, dass die Frage nach der Stellung der Schweiz in Europa und in der Welt zu einer der wichtigsten Herausforderungen der schweizerischen Innen- und Aussenpolitik geworden ist. Bisher gültige Konzepte der schweizerischen Aussenpolitik müssen der veränderten Situation angepasst und neu definiert werden.

Die im Zusammenhang mit der Golfkrise von der UNO gefassten Sanktionsbeschlüsse hatten für die Schweiz konkrete Folgen. Es hat sich gezeigt, dass unser Land unabhängig von seinem Status in der UNO bei einem von annähernd allen UNO-Mitgliedern getragenen Entscheid nicht abseits stehen kann und will. Dies um so weniger, als die Schweiz mit dem System der Vereinten Nationen eng verknüpft ist: Sie ist Mitglied praktisch aller Unter- und Sonderorganisationen der UNO und beherbergt ausserdem in Genf einen der beiden europäischen UNO-Sitze und zahlreiche weitere Institutionen des UNO-Systems.

Diese Zusammenarbeit ist in den letzten Jahren ständig intensiviert worden, beispielsweise mit der schweizerischen Beteiligung an der UNO-Mission für die Uebergangsphase im Unabhängigkeitsprozess in Namibia, und soll weiterhin konsequent ausgebaut werden.

Somit haben sich die Faktoren, welche das Verhältnis der Schweiz zur UNO bestimmen, seit dem negativen Volksentscheid über den UNO-Beitritt im Frühling 1986 substantiell verändert. Der Bundesrat ist nach wie vor der Ansicht, dass ein UNO-Beitritt im Interesse der Schweiz läge. Eine erneute Ueberprüfung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der UNO wäre sinnvoll, jedoch ist angesichts anderer Prioritäten wie des europäischen Integrationsprozesses oder des Beitritts zu den Bretton-Woods-Institutionen der Zeitpunkt noch nicht geeignet, um konkret auf einen Beitritt hinzuarbeiten und dem Parlament eine entsprechende Botschaft zu unterbreiten. In diesem Zusammenhang gilt es auch zu beachten, dass sich Volk und Stände im Jahre 1986 deutlich gegen einen UNO-Beitritt ausgesprochen haben.

Der Bundesrat wird die weltpolitischen Entwicklungen und die sich daraus für unser Land ergebenden Auswirkungen mit Aufmerksamkeit verfolgen, um gegebenenfalls die nötigen Schritte im Hinblick auf eine Veränderung unserer Beziehungen zu den Vereinten Nationen einzuleiten.

Erklärung des Bundesrates

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Conseil nationalRéponse écrite

90.756 Motion Groupe socialiste du 1er octobre 1990
Adhésion de la Suisse à l'ONU

Le Conseil fédéral est chargé de relancer le processus d'adhésion de la Suisse à l'Organisation des Nations Unies (ONU) et de soumettre aux Chambres fédérales un projet allant dans ce sens.

Développement

Les arguments avancés par le Conseil fédéral et les Chambres fédérales dans la première moitié des années 80 pour recommander l'adhésion de la Suisse à l'ONU sont toujours pertinents (cf. notamment le message du Conseil fédéral du 21.12.1981). D'autres arguments sont apparus depuis le rejet de l'initiative populaire lors de la votation du 16.3.1986 :

- Il est plus important que jamais de ne pas oublier l'orientation universelle de la politique étrangère suisse maintenant que la Guerre froide est finie et que s'impose le processus d'intégration européenne. L'ONU ne comprend pas uniquement les pays riches de l'hémisphère nord. L'adhésion de la Suisse à l'ONU est la condition sine qua non de l'orientation universelle à moyen et long terme de la politique étrangère de notre pays.
- Partout dans le monde, l'ONU est appelée à jouer un rôle de plus en plus indispensable pour lancer le processus de paix de tous les différends. C'est ce qu'a expressément reconnu la Suisse, dans le cas de la Namibie notamment, en soutenant l'action de l'ONU dans ce pays.
- L'argument majeur avancé par les opposants de l'adhésion de la Suisse à l'ONU en 1986, à savoir que l'application par la Suisse des sanctions adoptées par les Nations Unies serait en contradiction avec sa neutralité, n'a plus sa raison d'être depuis les résolutions prises à l'encontre de l'Irak.
- Depuis la campagne qui a précédé la votation du début 1986, la population suisse et le monde entier voient l'ONU sous un jour nouveau. Des sondages ont révélé que l'adhésion de la Suisse aux Nations Unies recueillerait la majorité des suffrages.

Voilà autant d'arguments qui militent en faveur du relancement du processus d'adhésion de la Suisse à l'Organisation des Nations Unies.

Réponse du Conseil fédéral

Le fonctionnement des Nations Unies a évolué de façon positive ces dernières années. Depuis la première moitié des années quatre-vingt, on peut constater une tendance à des débats plus substantiels; en outre, la détente entre l'Est et l'Ouest a conduit à une amélioration sensible de l'atmosphère de travail dans les différentes institutions du système des Nations Unies. Ainsi, l'ONU est parvenue à mieux remplir, de façon significative, les tâches qui lui sont dévolues par la Charte : l'attitude unanime du Conseil de sécurité à l'encontre de l'agression de l'Irak en est la preuve la plus évidente.

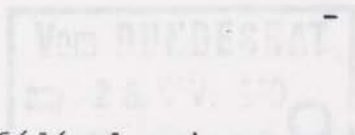
Durant ces dernières années, l'environnement de la Suisse s'est aussi modifié. Les progrès du processus d'intégration européenne et l'ouverture de l'Europe de l'Est ont fait que la question de la position de la Suisse en Europe et dans le monde est devenue l'un des défis les plus importants de la politique intérieure et extérieure de la Suisse. Les concepts sur lesquels la politique étrangère suisse s'est fondée jusqu'à présent doivent être adaptés à la nouvelle situation et redéfinis.

Les décisions de sanction prises par l'ONU en relation avec la crise du Golfe ont eu, pour la Suisse, des conséquences concrètes. Il a ainsi été démontré que notre pays, indépendamment de son statut à l'ONU, ne peut et ne veut pas rester à l'écart d'une décision prise par presque tous les membres de l'ONU. Ceci d'autant moins que la Suisse est étroitement liée au système des Nations Unies : elle est membre de pratiquement toutes les institutions subsidiaires ou spécialisées de l'ONU et abrite en outre à Genève l'un des deux sièges européens de l'ONU ainsi que de nombreuses autres institutions du système de l'ONU.

Cette collaboration a été continuellement renforcée ces dernières années, par exemple avec la participation suisse à la mission de l'ONU pour la période de transition dans le processus d'indépendance en Namibie, et devrait encore se développer de façon conséquente.

Ainsi, les facteurs qui déterminent les relations entre la Suisse et l'ONU se sont substantiellement modifiés depuis la décision populaire négative, au printemps 1986, sur l'adhésion à l'ONU. Comme jusqu'ici, le Conseil fédéral reste de l'avis qu'il est dans l'intérêt de la Suisse d'adhérer à l'ONU. Un nouvel examen des relations entre la Suisse et l'ONU serait utile; toutefois, eu égard aux autres priorités telles que le processus d'intégration européenne ou l'adhésion aux Institutions de Bretton Woods, il n'est pas encore temps de travailler concrètement à une adhésion à l'ONU et de soumettre le message correspondant au Parlement. Dans ce contexte, il convient aussi de prendre en compte le fait que, en 1986, le peuple et les cantons se sont clairement prononcés contre une adhésion à l'ONU.

Nationalrat



Schriftliche Beantwortung

Le Conseil fédéral suivra avec attention l'évolution de la situation politique mondiale et les conséquences en découlant pour notre pays, afin de prendre, le cas échéant, les dispositions nécessaires dans la perspective d'une modification de nos relations avec les Nations Unies.

Der Bundesrat wird eingeladen, den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO) erneut in die Wege zu leiten und den eidgenössischen Räten zur Kenntnis zu bringen.

Déclaration du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat.

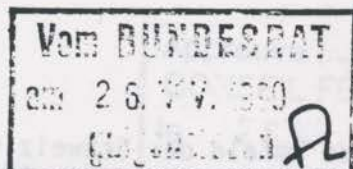
Die guten Gründe, welche den Bundesrat und die eidgenössischen Räte anfangs bzw. Mitte der achtziger Jahre bewogen haben, den Beitritt zur UNO zu empfehlen, gelten nach wie vor (vgl. z.B. die Botschaft des Bundesrates vom 21.12.1981). Dazu kommen seit der Ablehnung in der Volksabstimmung vom 16.3.1985 weitere Argumente:

- Beim Gewicht des europäischen Integrationsprozesses und nach Beendigung des Kalten Krieges ist es umso nötiger geworden, die universelle Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik nicht zu vergessen. Der UNO gehören nicht nur die reichen Länder des Nordens an. Eine universell ausgerichtete Schweizer Aussenpolitik ist mittel- und längerfristig ohne UNO-Beitritt nicht denkbar.
- Die Rolle der UNO bei Friedensprozessen erweist sich weltweit (bei allen Schwierigkeiten) als zunehmend unentbehrlicher. Die Schweiz hat dies beispielsweise im Fall Namibia durch ihre Unterstützung des UNO-Engagements ausdrücklich anerkannt.
- Das Hauptargument der Gegner des UNO-Beitritts 1985, die Beteiligung an UNO-Sanktionen würde der Neutralität widersprechen, ist seit den Iraq-Beschüssen in sich zusammengefallen.
- Das Bild der UNO hat sich seit dem Abstimmungsstich anfangs 1985 nicht nur weltweit, sondern auch in den Augen der Schweizer Bevölkerung gewandelt. Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass ein UNO-Beitritt heute eine Mehrheit fände.

Alle diese Argumente sprechen dafür, den Beitritt zur Organisation der Vereinten Nationen erneut in die Wege zu leiten.

Stellungnahme der Bundesräte

Die Funktionsweise der Vereinten Nationen hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Seit der ersten Hälfte der achtziger Jahre ist eine Tendenz zu sachbezogeneren Debatten festzustellen, zudem hat auch die Entspannung zwischen Ost und West zu einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsatmosphäre in den verschiedenen Institutionen des UNO-Systems geführt. Somit ist die UNO der Erfüllung ihrer in der Charta verankerten Aufgaben bedeutend näher gekommen: Die einmütige Haltung des Sicherheitsrates gegen die Aggression Iraks ist hier wohl der deutlichste Beweis.

NationalratSchriftliche Beantwortung

90.756 Motion der Sozialdemokratischen Fraktion vom 1. Oktober 1990
 UNO-Beitritt

Der Bundesrat wird eingeladen, den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (UNO) erneut in die Wege zu leiten und den eidgenössischen Räten eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Begründung

Die guten Gründe, welche den Bundesrat und die eidgenössischen Räte anfangs bzw. Mitte der achtziger Jahre bewogen haben, den Beitritt zur UNO zu empfehlen, gelten nach wie vor (vgl. z.B. die Botschaft des Bundesrates vom 21.12.1981). Dazu kommen seit der Ablehnung in der Volksabstimmung vom 16.3.1986 weitere Argumente:

- Beim Gewicht des europäischen Integrationsprozesses und nach Beendigung des Kalten Krieges ist es umso nötiger geworden, die universelle Ausrichtung der schweizerischen Aussenpolitik nicht zu vergessen. Der UNO gehören nicht nur die reichen Länder des Nordens an. Eine universell ausgerichtete Schweizer Aussenpolitik ist mittel- und längerfristig ohne UNO-Beitritt nicht denkbar.
- Die Rolle der UNO bei Friedensprozessen erweist sich weltweit (bei allen Schwierigkeiten) als zunehmend unentbehrlicher. Die Schweiz hat dies beispielsweise im Fall Namibia durch ihre Unterstützung des UNO-Engagements ausdrücklich anerkannt.
- Das Hauptargument der Gegner des UNO-Beitritts 1986, die Beteiligung an UNO-Sanktionen würde der Neutralität widersprechen, ist seit den Irak-Beschlüssen in sich zusammengefallen.
- Das Bild der UNO hat sich seit dem Abstimmungskampf anfangs 1986 nicht nur weltweit, sondern auch in den Augen der Schweizer Bevölkerung gewandelt. Meinungsumfragen deuten darauf hin, dass ein UNO-Beitritt heute eine Mehrheit fände.

Alle diese Argumente sprechen dafür, den Beitritt zur Organisation der Vereinten Nationen erneut in die Wege zu leiten.

Stellungnahme des Bundesrates

Die Funktionsweise der Vereinten Nationen hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Seit der ersten Hälfte der achtziger Jahre ist eine Tendenz zu sachbezogeneren Debatten festzustellen, zudem hat auch die Entspannung zwischen Ost und West zu einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsatmosphäre in den verschiedenen Institutionen des UNO-Systems geführt. Somit ist die UNO der Erfüllung ihrer in der Charta verankerten Aufgaben bedeutend näher gekommen: Die einmütige Haltung des Sicherheitsrates gegen die Aggression Iraks ist hier wohl der deutlichste Beweis.

In den letzten Jahren hat sich auch das Umfeld der Schweiz verändert. Die Fortschritte im europäischen Integrationsprozess und die Oeffnung Osteuropas haben dazu geführt, dass die Frage nach der Stellung der Schweiz in Europa und in der Welt zu einer der wichtigsten Herausforderungen der schweizerischen Innen- und Aussenpolitik geworden ist. Bisher gültige Konzepte der schweizerischen Aussenpolitik müssen der veränderten Situation angepasst und neu definiert werden.

Die im Zusammenhang mit der Golfkrise von der UNO gefassten Sanktionsbeschlüsse hatten für die Schweiz konkrete Folgen. Es hat sich gezeigt, dass unser Land unabhängig von seinem Status in der UNO bei einem von annähernd allen UNO-Mitgliedern getragenen Entscheid nicht abseits stehen kann und will. Dies um so weniger, als die Schweiz mit dem System der Vereinten Nationen eng verknüpft ist: Sie ist Mitglied praktisch aller Unter- und Sonderorganisationen der UNO und beherbergt ausserdem in Genf einen der beiden europäischen UNO-Sitze und zahlreiche weitere Institutionen des UNO-Systems.

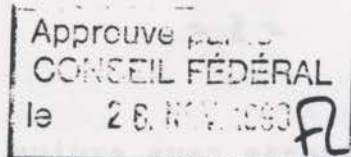
Diese Zusammenarbeit ist in den letzten Jahren ständig intensiviert worden, beispielsweise mit der schweizerischen Beteiligung an der UNO-Mission für die Uebergangsphase im Unabhängigkeitsprozess in Namibia, und soll weiterhin konsequent ausgebaut werden.

Somit haben sich die Faktoren, welche das Verhältnis der Schweiz zur UNO bestimmen, seit dem negativen Volksentscheid über den UNO-Beitritt im Frühling 1986 substantiell verändert. Der Bundesrat ist nach wie vor der Ansicht, dass ein UNO-Beitritt im Interesse der Schweiz läge. Eine erneute Ueberprüfung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der UNO wäre sinnvoll, jedoch ist angesichts anderer Prioritäten wie des europäischen Integrationsprozesses oder des Beitritts zu den Bretton-Woods-Institutionen der Zeitpunkt noch nicht geeignet, um konkret auf einen Beitritt hinzuwirken und dem Parlament eine entsprechende Botschaft zu unterbreiten. In diesem Zusammenhang gilt es auch zu beachten, dass sich Volk und Stände im Jahre 1986 deutlich gegen einen UNO-Beitritt ausgesprochen haben.

Der Bundesrat wird die weltpolitischen Entwicklungen und die sich daraus für unser Land ergebenden Auswirkungen mit Aufmerksamkeit verfolgen, um gegebenenfalls die nötigen Schritte im Hinblick auf eine Veränderung unserer Beziehungen zu den Vereinten Nationen einzuleiten.

Erklärung des Bundesrates

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Conseil nationalRéponse écrite

90.756 Motion Groupe socialiste du 1er octobre 1990
 Adhésion de la Suisse à l'ONU

Le Conseil fédéral est chargé de relancer le processus d'adhésion de la Suisse à l'Organisation des Nations Unies (ONU) et de soumettre aux Chambres fédérales un projet allant dans ce sens.

Développement

Les arguments avancés par le Conseil fédéral et les Chambres fédérales dans la première moitié des années 80 pour recommander l'adhésion de la Suisse à l'ONU sont toujours pertinents (cf. notamment le message du Conseil fédéral du 21.12.1981). D'autres arguments sont apparus depuis le rejet de l'initiative populaire lors de la votation du 16.3.1986 :

- Il est plus important que jamais de ne pas oublier l'orientation universelle de la politique étrangère suisse maintenant que la Guerre froide est finie et que s'impose le processus d'intégration européenne. L'ONU ne comprend pas uniquement les pays riches de l'hémisphère nord. L'adhésion de la Suisse à l'ONU est la condition sine qua non de l'orientation universelle à moyen et long terme de la politique étrangère de notre pays.
- Partout dans le monde, l'ONU est appelée à jouer un rôle de plus en plus indispensable pour lancer le processus de paix de tous les différends. C'est ce qu'a expressément reconnu la Suisse, dans le cas de la Namibie notamment, en soutenant l'action de l'ONU dans ce pays.
- L'argument majeur avancé par les opposants de l'adhésion de la Suisse à l'ONU en 1986, à savoir que l'application par la Suisse des sanctions adoptées par les Nations Unies serait en contradiction avec sa neutralité, n'a plus sa raison d'être depuis les résolutions prises à l'encontre de l'Irak.
- Depuis la campagne qui a précédé la votation du début 1986, la population suisse et le monde entier voient l'ONU sous un jour nouveau. Des sondages ont révélé que l'adhésion de la Suisse aux Nations Unies recueillerait la majorité des suffrages.

Voilà autant d'arguments qui militent en faveur du relancement du processus d'adhésion de la Suisse à l'Organisation des Nations Unies.

Réponse du Conseil fédéral

Le fonctionnement des Nations Unies a évolué de façon positive ces dernières années. Depuis la première moitié des années quatre-vingt, on peut constater une tendance à des débats plus substantiels; en outre, la détente entre l'Est et l'Ouest a conduit à une amélioration sensible de l'atmosphère de travail dans les différentes institutions du système des Nations Unies. Ainsi, l'ONU est parvenue à mieux remplir, de façon significative, les tâches qui lui sont dévolues par la Charte : l'attitude unanime du Conseil de sécurité à l'encontre de l'agression de l'Irak en est la preuve la plus évidente.

Durant ces dernières années, l'environnement de la Suisse s'est aussi modifié. Les progrès du processus d'intégration européenne et l'ouverture de l'Europe de l'Est ont fait que la question de la position de la Suisse en Europe et dans le monde est devenue l'un des défis les plus importants de la politique intérieure et extérieure de la Suisse. Les concepts sur lesquels la politique étrangère suisse s'est fondée jusqu'à présent doivent être adaptés à la nouvelle situation et redéfinis.

Les décisions de sanction prises par l'ONU en relation avec la crise du Golfe ont eu, pour la Suisse, des conséquences concrètes. Il a ainsi été démontré que notre pays, indépendamment de son statut à l'ONU, ne peut et ne veut pas rester à l'écart d'une décision prise par presque tous les membres de l'ONU. Ceci d'autant moins que la Suisse est étroitement liée au système des Nations Unies : elle est membre de pratiquement toutes les institutions subsidiaires ou spécialisées de l'ONU et abrite en outre à Genève l'un des deux sièges européens de l'ONU ainsi que de nombreuses autres institutions du système de l'ONU.

Cette collaboration a été continuellement renforcée ces dernières années, par exemple avec la participation suisse à la mission de l'ONU pour la période de transition dans le processus d'indépendance en Namibie, et devrait encore se développer de façon conséquente.

Ainsi, les facteurs qui déterminent les relations entre la Suisse et l'ONU se sont substantiellement modifiés depuis la décision populaire négative, au printemps 1986, sur l'adhésion à l'ONU. Comme jusqu'ici, le Conseil fédéral reste de l'avis qu'il est dans l'intérêt de la Suisse d'adhérer à l'ONU. Un nouvel examen des relations entre la Suisse et l'ONU serait utile; toutefois, eu égard aux autres priorités telles que le processus d'intégration européenne ou l'adhésion aux Institutions de Bretton Woods, il n'est pas encore temps de travailler concrètement à une adhésion à l'ONU et de soumettre le message correspondant au Parlement. Dans ce contexte, il convient aussi de prendre en compte le fait que, en 1986, le peuple et les cantons se sont clairement prononcés contre une adhésion à l'ONU.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Le Conseil fédéral suivra avec attention l'évolution de la situation politique mondiale et les conséquences en découlant pour notre pays, afin de prendre, le cas échéant, les dispositions nécessaires dans la perspective d'une modification de nos relations avec les Nations Unies.

Bern, 8. November 1990

Déclaration du Conseil fédéral

Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat.

Händliche Beantwortung

SC.713 Interpellation Meier Josi vom 20. September 1990
Stellung der Schweiz zur UNO

Die Antwort auf die Interpellation wird gutgeheissen
(s. Beilage).

Die mitinteressierte Dienststelle des EVD (Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten) ist mit der Antwort einverstanden.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN


René Falber

Beilage:

Antwort E.

Protokollauszug an:

- EDA 24 Ex.

- EVD 3 Ex. 2.1.